



## IM INTERVIEW

Bundesgeschäftsführer  
Michael Kellner

Seite 8



## HARTZ IV ABSCHAFFEN

Neue Perspektiven  
für Neukölln

Seite 10



## TOP 12

Unsere Kandidierenden  
für die BVV

Seite 11



# NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 192, Ausgabe II/2021

## RICHTUNGSWAHL FÜR BERLIN

Unsere Stadt klimaneutral und krisenfest machen



Foto: Dominik Butzmann

### INHALT

- Das neue Energie-  
wendegesetz *Seite 2*
- Ein Klimabudget  
für Berlin *Seite 3*
- Superwahljahr 2021  
5 Stimmen für Grün *Seite 3*
- Vom Bremsen zum  
Taktgeber *Seite 4*
- Grüne Mietpolitik *Seite 5*
- Neuköllner Kiez ohne  
Durchgangsverkehr *Seite 6*
- Wahlen für alle *Seite 7*
- Bildung in der  
digitalen Welt *Seite 9*

In diesem Herbst zählt es: Für viele Menschen geht es um die wohl wichtigste Wahl ihres Lebens. Es geht um die Frage, ob wir den Klimawandel ungebremst geschehen lassen, oder ob wir entschlossen handeln, um ihn noch zu stoppen. Um die Frage, ob es Mieter\*innenschutz gibt oder ungebremste Spekulation. Es geht um die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft oder die Bewahrung des Status quo. Und es geht um gerechte Bildung und ob Berlin eine weltoffene Metropole bleibt.

### DIE KLIMANEUTRALE METROPOLE

Berlin hat alles, um aus der aktuellen Krise gerechter und stärker herauszukommen, aber dafür müssen wir die Weichen stellen. Für ein klimaneutrales und krisenfestes Berlin, in dem alle Menschen eine bezahl-

bare Wohnung finden. Für eine Stadt, in der es bequemer, schneller und natürlich auch ökologischer ist, auf den öffentlichen Nahverkehr oder auf das Fahrrad umzusteigen. Das ist unser Versprechen der Verkehrswende: sozial, ökologisch und dennoch einfach im Alltag. Dafür haben wir in den letzten Jahren viele entscheidende Grundlagen gelegt. Aber wir sind auch auf Beharrungskräfte und Widerstände gestoßen. Denn natürlich bedeutet eine gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums auch eine Änderung des Bestehenden. Für eine konsequente Klimapolitik und eine konsequente Verkehrswende möchten wir die nächste Regierung anführen. Denn wir müssen und wollen schneller werden. Dafür wollen wir die Takte verdichten,

Fortsetzung auf Seite 2

HALLO  
NEU  
KÖLLN!

### FÜNF STIMMEN FÜR GRÜN!

Der Wahlkampf kommt in seine heiße Phase. Mit hohem Aufwand und endlich auch wieder im direkten Kontakt buhlen die Bewerber\*innen um die Gunst der Wählenden. Dabei sollte es vor allem um Inhalte gehen, aber es wurde auch stets gegen die politische Konkurrenz ausgeitelt.

Doch was wir in diesem Wahlkampf erleben, stellt viele der bisherigen Wahlkämpfe in den Schatten. Anstatt auf politische Konzepte zielen die omnipräsenten Angriffe direkt auf die persönliche Integrität der Kandidat\*innen. Die Frage, wer was politisch vorhat, trat komplett in den medialen Hintergrund. Erst eine fürchterliche Flutkatastrophe im Westen der Republik hat dem zumindest vorerst ein Ende bereitet.

Wir verzichten wie immer auch in dieser Ausgabe des Stachels auf persönliche Angriffe auf politische Mitbewerber\*innen. Wahlkampf ist für uns die Zeit der politischen Inhalte und des demokratischen Streits um die besten Ideen für Neukölln, Berlin und den Bund. Und da haben wir einige zu bieten.

Am 26. September, dafür arbeiten wir mit aller Kraft, kann ein neues Kapitel grüner Politik geschrieben werden. Mit Ihrer Unterstützung wird es möglich, alle politischen Ebenen, vom eigenen Kiez bis zur großen nationalen und internationalen Bühne ergrünen zu lassen. Deshalb unsere Empfehlung für den Wahltag: Alle fünf Stimmen für GRÜN!

Die Stachel-Redaktion

# RICHTUNGSWAHL FÜR BERLIN

Unsere Stadt klimaneutral und krisenfest machen

Fortsetzung von Seite 1

mindestens ein Drittel mehr Tramlinien schaffen und da, wo es ökologisch und verkehrlich Sinn macht, auch neue U-Bahnlinien bauen. Nach Jahren der Untätigkeit vorheriger Regierungen hat unsere Verkehrsministerin Regine Günther jetzt Kosten-Nutzen-Analysen für die Linien beauftragt, die wir gerne realisieren würden, darunter auch die U7 in Neukölln. Dafür möchte ich die A100 stoppen. Mit einigen von euch bin ich ja schon durch den Tunnel geradelt, bei einer Demo gegen dieses aus der Zeit gefallene Projekt. Wenn wir die Wahl gewinnen, wird eine meiner ersten Amtshandlungen ein Gespräch mit der neuen Bundesregierung zur A100 sein. Diese wird hoffentlich anders zusammengesetzt sein als die jetzige. Auch dafür machen wir Wahlkampf. Ich möchte, dass der nächste Bauabschnitt für alle Zeiten aus dem Verkehrswege-

plan verschwindet. Darüber hinaus müssen wir auch darüber reden, wie wir der A100 im bestehenden Bau einen guten Abschluss geben, der nicht für ein Stau-Chaos sorgt. Ich könnte mir etwa eine Umwidmung zur Bundesstraße mit Verjüngung und Radstreifen vorstellen.

Berlin braucht mehr Neubau. Aber den richtigen Neubau. In Berlin wurden in den letzten Jahren zu viele Wohnungen im Luxus-Segment gebaut und zu wenig für Menschen mit geringerem Einkommen oder aus der Mittelschicht. Wir möchten eine aktivere Rolle der Stadt beim Bauen. Mit gestärkten Bauämtern, mit einer Vergabe von öffentlichen Grundstücken nicht an den Höchstbietenden, sondern an den mit dem bestem Konzept. Und auch das nicht einfach als Verkauf unserer Stadt, sondern nur noch in Erbpacht. Wir wollen, dass die Hälfte des Berliner Marktes gemeinwohlorientiert wird. Alle, die die-

sen Weg mit uns gehen, ob private Investoren, Genossenschaften oder kommunale Bauträger, werden in uns gute Partner\*innen finden.

## MIETER\*INNENSCHUTZ

Aber Neubau alleine wird nicht reichen. Er kann und muss den Bedarf der wachsenden Stadt decken. Die soziale Frage wird aber im Bestand gelöst. Dafür brauchen wir nach dem Scheitern des Mietendeckels jedes sinnvolle Instrument, um für faire Mieten zu sorgen. Wir haben dafür gesorgt, dass im grünen Bundestagswahlprogramm eine Öffnungsklausel für regionale Lösungen verankert wurde. Aber auch auf lokaler Ebene müssen wir alle Instrumente konsequent nutzen. Über Milieuschutzgebiete, Vorkaufsrechte und die Einführung eines Mietkatasters. Wir setzen dabei auch auf eine Zusammenarbeit mit den Genossenschaften und anderen am Gemeinwohl orientierten Wohnungsunternehmen.

## STADTGRÜN FÜR ALLE

Gerade die Coronakrise hat uns gezeigt, wie wichtig öffentlicher Raum für Menschen ist. Gerade für die, die keine eigene Datsche oder einen großen Garten haben. Wir wollen Parkplätze zu Parks machen. Da, wo wir einzigartige Orte der Stadtnatur haben, wollen wir sie erhalten und das Tempelhofer Feld einfach mal so sein lassen. Es ist nicht nur eine grüne Lunge und ein einmaliger Freiraum. Das Tempelhofer Feld ist in seiner Einzigartigkeit mittlerweile ein Ort, der weit über Berlin hinaus strahlt und für diese Stadt steht.



Bettina Jarasch,  
Grüne Bürgermeisterkandidatin für Berlin

# DAS NEUE ENERGIEWENDEGESETZ

Berlin wird zur Vorreiterin im Klimaschutz



Foto: Georg Kössler

Klimaschutz braucht einen klaren Rahmen! In Berlin wird der im Energiewendegesetz (EWG) festgelegt. Im Frühjahr hat unsere Klima-Senatorin Regine Günther einen ambitionierten Gesetzentwurf vorgelegt. Doch trotz langer Verhandlungen mit SPD und LINKE gab es vor der parlamentarischen Sommerpause keine abschließende Einigung mehr. Ich bin aber überzeugt: Wir schaffen das noch vor Ende der Legislatur. Als Grüne kämpfen wir bis zur letzten Minute für mehr Klimaschutz.

## WAS SCHON FESTSTEHT

Das Gesetz legt fest, dass Berlin spätestens 2045 klimaneutral wird. Wir Grüne wollten mehr. Als Zieljahr muss zumindest in jenen Sektoren 2035 gelten, in denen Berlin direkten Einfluss hat. Klar ist auch, dass Berlin erstmals ein CO<sub>2</sub>-Budget bekommt und alle Senatsverwaltungen daran ausgerichtete verpflichtende Ziele einhalten müssen. Positiv ist auch, dass alle öffentlichen Gebäude mit Solaranlagen ausgestattet und energetisch modernisiert werden. Und schließlich sind endlich verbindliche Vorgaben für die Fernwärme vorgesehen. Sie muss einen ansteigenden Anteil erneuerbarer Energien haben und zwischen 2040 und 2045 klimaneutral werden.

## UNSERE KLIMAPOLITISCHE BILANZ KANN SICH SEHEN LASSEN...

Mit dem Energiewendegesetz wollen wir eine erfolgreiche Legislatur abschließen, in der wir klimapoli-

tisch viel anschieben konnten. Vor der Sommerpause haben wir das bundesweit erste Solargesetz verabschiedet, wonach in den nächsten Jahren alle privaten Neubauten und Häuser bei größeren Dachsanierungen eine Solaranlage installieren müssen. Wir haben als erstes Bundesland den Kohleausstieg gesetzlich festgelegt. Und bereits 2017 wurde mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm ein Klima-Fahrplan mit über 100 Maßnahmen beschlossen. Die langsame Umsetzung ist frustrierend, aber deswegen sorgen wir nun für mehr Personal und bessere Strukturen.

## ...ABER ES BLEIBT AUCH NOCH VIEL ZU TUN

Das alles ist ein guter Anfang, aber es bleibt noch viel zu tun. Wir wollen zum Beispiel das Drittelmodell in der energetischen Gebäudesanierung einführen, bei dem die Kosten der Sanierung je zu einem Drittel von Vermieter\*innen, Mieter\*innen

und öffentlicher Hand getragen werden – statt wie aktuell nur von den Mieter\*innen. Außerdem brauchen wir endlich ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz für Berlin. Fernwärme ist zwar super, aber auch in den Häusern, die keinen Zugang dazu haben, müssen wir weg von den fossilen Heizungen und mehr mit erneuerbaren Energien heizen.

Damit wir das alles umsetzen können und das Pariser Klimaabkommen einhalten, braucht es eine klare Priorität für Klimaschutz. Und das geht nur mit einem Grünen Rathaus und einer weiterhin starken Zivilgesellschaft, die uns Druck macht!



Georg Kössler MdB,  
Sprecher für Klima- und Umweltpolitik,  
Eine-Welt-Politik und Clubkultur

# EIN KLIMABUDGET FÜR BERLIN

Wie Berlin mit Paris ernst machen kann

Der Mensch ist auf dem allerbesten Wege, sich seiner eigenen natürlichen Lebensgrundlagen zu berauben, das hat dieser Sommer wieder einmal sehr deutlich gezeigt. Für manche ist es fünf vor zwölf, für andere bereits kurz nach. Doch bis heute fehlt es an effektiven Steuerungsinstrumenten für mehr Klimaschutz. Instrumente, mit denen die rechtlichen, administrativen und finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Mit den diversen Klimaschutzgesetzen, Investitionspaketen und einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung gibt es zwar richtige Ansätze – aber auch berechtigte Zweifel, ob wir alleine damit den 1,5-Grad-Pfad sicher erreichen. Denn Klimaschutz ist ein Querschnittsthema, zu dem letztlich alle Sektoren und Politikbereiche etwas beitragen müssen.

## KLIMABUDGET EINFÜHREN

Als Berliner Grüne wollen wir deshalb ein Klimabudget einführen. Hierbei werden nach dem Vorbild der norwegischen Hauptstadt Oslo jedem relevanten Sektor – sei es der Energie-, Verkehrs- oder Gebäudebereich – feste Vorgaben gemacht, wie viel CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden muss. Die Mengen errechnen sich aus dem Anteil an den städtischen Emissionen sowie den jährlichen Reduktionsvorgaben, die sich aus dem 1,5-Grad-Ziel herleiten lassen. Damit ermöglicht das Klimabudget nicht nur ein engmaschiges Controlling und maximale Transparenz über den Einsparpfad; es zwingt die politisch Verantwortlichen auch dazu, überall dort nachzusteuern, wo zu wenig CO<sub>2</sub> eingespart wurde.

## ECHTER KLIMASCHUTZ GEHT NUR KONKRET

Der eigentliche Benefit des Osloer Ansatzes liegt jedoch in der formalen wie politischen Verknüpfung der Querschnittsaufgabe Klimaschutz mit der öffentlichen Haushaltswirtschaft. Die ermöglicht erstmals eine echte Klima-Governance – als integrierte Dekarbonisierungsstrategie gemäß der Pariser Klimaziele, deren Umsetzung über alle emittierenden Bereiche hinweg und zugleich sektoral auch mit den Mitteln der Haushaltspolitik erfolgt. Damit ist auch der Einfluss auf nahezu alle relevanten politischen Entscheidungen gesichert. Denn infolge der faktischen Monetarisierung von CO<sub>2</sub>-Einsparungen wirkt das Klimabudget wie ein echter Klimavorbehalt. Zugleich können Klimaschutzmaßnahmen

bei Bedarf zeitnah und zielgenau nachjustiert werden: sei es durch zusätzliche Investitionen, einen Abbau von Subventionen, Zielvereinbarungen mit öffentlichen Unternehmen oder den diversen anderen Hebeln des Haushalts- und Ordnungsrechts. Echter Klimaschutz, das haben die letzten Jahre gezeigt, geht nur konkret. Wenn Berlin mit Paris endlich ernst machen will, führt an der Einführung eines Klimabudgets kein Weg vorbei.



*Daniel Wesener MDA,  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer und  
Sprecher für Kultur,  
Haushalt und  
Finanzen*



## SUPERWAHLJAHR 2021

Bezirk, Land und Bund: 5 Stimmen für Grün

Am 26. September wählen wir das Abgeordnetenhaus, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und den Deutschen Bundestag neu. Aber wer darf eigentlich wählen, wie viele Stimmen habe ich auf welcher Ebene und wen oder was wähle ich mit diesen Stimmen?

### WAHL ZUR BEZIRKS- VERORDNETENVERSAMMLUNG

Anders als auf Bundes- oder Landesebene sind hier alle Berliner\*innen wahlberechtigt, die die deutsche oder eine EU-Staatsbürgerschaft besitzen und am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben. Bei der BVV-Wahl gibt es nur eine Stimme. Damit wird eine Partei gewählt. Auf Bezirksebene reichen 3 Prozent der Stimmen aus, um vertreten zu sein. Die Bezirksbürgermeister\*in wird von einer Koalition, genannt Zählgemeinschaft, bestimmt. Die Stellvertreter\*innen und die Bezirksstadträte werden auf alle Parteien mit ausreichend Stimmen aufgeteilt. Grüner Spitzenkandidat für das Bezirksamt ist unser Bezirksstadtrat Jochen Biedermann.

### WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist unser Landesparlament. Das Wahlverfahren ist wie das zur Bundestagswahl. Mit der Erststimme wird ein\*e Direktkandidat\*in aus dem Wahlkreis des Wahlberechtigten gewählt. In Berlin gibt es 78 Wahlkreise, davon entfallen 6 Wahlkreise auf Neukölln. In diesen Wahlkreisen ziehen wir Grüne mit André Schulze (WK1), Susanna Kahlefeld (WK2), Georg Kössler (WK3), Bahar Haghanipour (WK4), Christina Hilmer-Benedict (WK5) und Philine Niethammer (WK6) in den Wahlkampf. Mit der Zweitstimme wird eine Partei gewählt. Wer mindestens 5 Prozent der Zweitstimmen erhält, zieht ins Abgeordnetenhaus ein. Die Zweitstimme ist entscheidend für die Mehrheitsverhältnisse im Parlament.

### WAHL ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Der Bundestag ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland. Wählen darf hier, wer am Wahltag die deutsche Staatsbürgerschaft hat und mindestens 18 Jahre alt ist. Jede\*r Wahlberechtigte hat 2 Stimmen.

Mit der Erststimme wird eine Direktkandidat\*in aus dem Wahlkreis gewählt. Es gibt 299 Wahlkreise in Deutschland, unser Bezirk Neukölln ist einer davon. Wer die meisten dieser Erststimmen in seinem Wahlkreis bekommt, geht direkt als Abgeordnete\*r in den Bundestag, sodass jede Region der Bundesrepublik im Bundestag vertreten ist. Unser Direktkandidat in Neukölln für die Bundestagswahl ist Andreas Audretsch.

Mit der Zweitstimme werden Parteien gewählt. Nur Parteien, die bundesweit mindestens 5 Prozent der Zweitstimmen erhalten, ziehen in den Bundestag ein. Die Zweitstimme bestimmt, wie viele der Sitze im Bundestag eine Partei hat. Alle gewählten Abgeordneten wählen den oder die Bundeskanzler\*in.

# VOM BREMSER ZUM TAKTGEBER

Grüne Wohnungspolitik in Neukölln zeigt Erfolge



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

„Ein Bezirk in der Hauptstadt nimmt nun den Kampf gegen ein großes Immobilienunternehmen auf – und betritt damit Neuland“ schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Mai diesen Jahres. Gerade war bekannt geworden, dass Neukölln sein Vorkaufsrecht bei einem sogenannten Share-Deal gezogen hatte. Hier wird statt eines Grundstücks die Gesellschaft verkauft, der das Grundstück gehört. Das spart Steuern und umgeht das gesetzliche Vorkaufsrecht – zumindest bisher. Denn der Bezirk hat dem vorerst einen Strich durch die Rechnung gemacht. Zwei Jahre Arbeit gingen der Ausübung voraus.

## CDU UND SPD HABEN GENTRIFIZIERUNG IGNORIERT

Noch vor wenigen Jahren wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, dass es sich bei dem beschriebenen „Bezirk in der Hauptstadt“ um Neukölln handeln könnte. Wurden doch rasant steigende Mieten und Gentrifizierung von den politischen Mehrheiten lange nicht als Problem ernst genommen. Die ersten Milieuschutzgebiete mussten per Einwohner\*innenantrag erkämpft werden – und kamen Jahre zu spät. Ein grüner An-

trag zum Vorkaufsrecht wurde noch im Juli 2016 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Eine progressive Stadtentwicklungspolitik, die die Interessen der Mieter\*innen vertritt, fand vor dieser Wahlperiode in Neukölln nicht statt.

Nach den Wahlen 2016 bot die rot-grüne Zählgemeinschaft – so nennt sich eine Koalition auf Bezirksebene – die Chance, daran etwas zu ändern. Viele der Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen haben es in die Vereinbarung mit der SPD geschafft. Unterstützt wurde der Politikwechsel auch durch andere Mehrheiten auf Landesebene. Mit der rot-rot-grünen Koalition hat auch auf Landesebene soziale Stadtentwicklungspolitik einen anderen Stellenwert bekommen. Milieuschutz, Mieter\*innenberatung und Vorkaufsrecht werden seither offensiv unterstützt.

## MILIEUSCHUTZ UND BEZAHLBARER NEUBAU – ALLE INSTRUMENTE NUTZEN

Neukölln ist dabei in den letzten fünf Jahren vom Bremsler zum Taktgeber geworden. Heute gibt es im Bezirk zehn Milieuschutzgebiete. Diese umfassen nicht nur den ge-

samten Norden Neuköllns, sondern auch das Gebiet um die Germania-promenade, Neu-Britz sowie Teile von Britz und der Gropiusstadt. In keinem Bezirk wurden in den vergangenen Jahren durch Nutzung des Vorkaufsrechts mehr Wohnungen der Spekulation entzogen. Und es entstehen mehr als 450 neue Sozialwohnungen, die es ohne den grünen Politikwechsel nicht geben würde.

Neukölln hat zahlreiche innovative Regelungen entwickelt, die von anderen Bezirken oder sogar dem Senat übernommen worden sind. Mit dem „Neuköllner Modell für kiezverträglichen Wohnungsbau“ hat der Bezirk ein Instrument geschaffen, um auch bei kleineren Neubauprojekten einen Anteil an bezahlbaren Wohnungen zur Pflicht zu machen. Bisher galt eine ähnliche Regelung nur für die Gebiete, für die neues Planungsrecht geschaffen wurde. Und das neu geschaffene Präventionsteam unterstützt Menschen, die von Räumungsklagen betroffen sind. Schon mehrere hundert Mietverträge konnten so erhalten werden.

## ES BLEIBT VIEL ZU TUN

Doch die Aufgaben sind nicht kleiner geworden. Bezahlbarer Wohn-

raum ist mehr denn je Mangelware, Investoren wollen lieber hochpreisige Micro-Appartements bauen als Wohnungen für Familien mit wenig Einkommen. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen hält unvermittelt an. Und das neue Baulandmobilisierungsgesetz bietet neue Möglichkeiten, die aber in konkrete Politik umgesetzt werden müssen. Auch hier wird Neukölln als Taktgeber gebraucht.

Es wird weiterhin darum gehen müssen, vor Ort im Bezirk das Beste aus den bestehenden Regelungen im Sinne der Mieter\*innen herauszuholen. Denn Bezirke können selbst keine Gesetze erlassen – sondern sie nur umsetzen. Dass es dabei trotzdem viel mehr Möglichkeiten gibt, als es zunächst den Anschein hat, habe ich in den letzten fünf Jahren als Stadtrat bewiesen. Das möchte ich auch weiterhin tun.



Jochen Biedermann,  
Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürgerdienste  
und Spitzenkandidat  
der Grünen für das  
Rathaus Neukölln

# GRÜNE MIETENPOLITIK – WIE GEHT ES WEITER NACH DER WAHL?

Lebenswerte und bezahlbare Kieze erhalten

Wir kämpfen für lebenswerte und bezahlbare Kieze, damit Menschen in ihrem Lebensumfeld wohnen bleiben können. Daher werden wir uns auch weiterhin für eine neue, soziale Wohnungs- und Mietpolitik auf allen politischen Ebenen einsetzen.

## BLOCKADE DER CDU AUF BUNDESEBENE ENDLICH LÖSEN

Der Schutz von Mieter\*innen wurde auf Bundesebene in den vergangenen Jahren regelmäßig von der CDU blockiert. Es muss endlich eine Reform des Mietrechts angegangen werden, die den Schutz der Mieter\*innen vor Verdrängung in den Mittelpunkt stellt. Dazu wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit in Berlin wieder ein Mietendeckel eingeführt werden kann und mit einer Reform des Gewerbemietrechts soziale Infrastruktur besser schützen.

Dauerhaft können wir eine Stabilisierung der Wohnungsmieten nur

erreichen, indem wir möglichst viele Wohnungen der Spekulation des Marktes entziehen. Daher wollen wir mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene den Bau und den Ankauf bezahlbaren Wohnraums durch Vermieter\*innen, die sich der Wohngemeinnützigkeit verpflichten, fördern – vor allem von landeseigenen Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften oder Stiftungen und Hausprojekten.

## BERLIN ALS MIETER\*INNEN-STADT – GEMEINWOHLORIENTIERT UND BEZAHLBAR

In Berlin wollen wir den Anteil gemeinwohlorientierten Wohnungsbestands – nach Wiener Vorbild – auf 50 Prozent aller Wohnungen erhöhen. Deshalb sollen landeseigene Grundstücke nur noch an gemeinwohlorientierte Vermieter\*innen vergeben werden, um den Neubau bezahlbaren Wohnraums zu fördern.

Gleichzeitig wollen wir den Bestand an Wohnungen weiterhin durch Ankauf vergrößern. Hierzu stärken wir die Bezirke bei der Ausübung des Vorkaufsrechts und setzen uns auf der Bundesebene für eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein. Wir gehen aber auch gezielt auf verkaufsbereite Eigentümer\*innen zu, um Wohnhäuser anzukaufen.

## „DEUTSCHE WOHNEN & CO. ENTEIGNEN“ UNTERSTÜTZEN

Wir teilen die zentralen Ziele der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, nämlich die Mieter\*innen zu schützen, der Spekulation Einhalt zu gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Deshalb haben wir uns an der Unterschriftensammlung beteiligt und unterstützen auch den Volksentscheid. Mit über 350.000

Unterschriften ist die Berliner Politik bereits jetzt aufgefordert, an einer rechtssicheren Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen zu arbeiten, und die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sollte noch vor der Wahl einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen.

Trotz des Umsteuerns in der Wohnungs- und Mietpolitik bleibt die Situation vieler Mieter\*innen weiterhin angespannt: Steigende Mieten, Umwandlung in Eigentumswohnungen und fragwürdige Vermietungspraktiken machen die Mietpolitik in vielen Städten auch weiterhin zu der zentralen sozialen Frage.



André Schulze,  
Direktkandidat im  
Wahlkreis 1

## DREI FRAGEN AN... MOHEB SHAFQAQYAR VON „DEUTSCHE WOHNEN & CO. ENTEIGNEN“



Foto: Deutsche Wohnen & Co. enteignen/Jan Ickx

Am 26. September entscheiden die Berliner\*innen auch über die Frage, ob 240.000 Wohnungen der Deutsche Wohnen und anderer Immobilienkonzerne, die mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen, von der Stadt Berlin übernommen werden sollen. Der Stachel hat mit Moheb Shafaqyar, einem der Sprecher der Initiative, gesprochen.

## WER SEID IHR UND WARUM FORDERT IHR DIE VERGESSELLSCHAFTUNG DER WOHNKONZERNE?

Wir sind Mieter\*innen aus der ganzen Stadt und wir haben uns zu-

sammengeschlossen, um eine umfassende Maßnahme als einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Mietenwahnsinns vorzulegen. Der Mietenwahnsinn hat seinen Ursprung in der Finanzkrise 2008. Das globale Finanzkapital wurde wegen des Niedrigzinses nicht zuletzt auf die Wohnungsmärkte gelenkt. Wir wollen den immensen Druck aus den völlig überhitzten Wohnungsmärkten rausnehmen, weil Wohnraum keine Ausweikkapitalanlage für billiges Geld sein darf und unserer Auffassung nach der Profitlogik der Märkte entzogen werden muss. Deshalb fordern wir die Vergesell-

schaftung von großen, vor allem börsennotierten Wohnkonzernen. Berlins Wohnhäuser sollen nicht mehr auf den Finanzmärkten dieser Welt gehandelt werden.

## WO LIEGEN DIE GRÖSSTEN HERAUSFORDERUNGEN?

Die größte Herausforderung liegt darin, der Verunsicherung entgegenzuwirken, die die Gegner\*innen des Volksbegehrens bewusst streuen. CDU und FDP, mitunter auch die SPD sowie die Immobilienlobby führen sehr unredliche Kampagnen. Sie haben dafür enorm hohe Budgets; nicht zuletzt fließen in die Kampagnen große Summen aus der Immobilienwirtschaft. Sie hantieren mit falschen Entschädigungszahlungen und der völlig unhaltbaren Behauptung, wir würden Genossenschaften mit im Visier haben. Als ehrenamtliche Mietenaktivist\*innen bestreiten wir den Gegenwahlkampf. Die lassen ihr Geld spielen, wir halten mit unserem ehrenamtlichen Eifer für die Sache und einer breiten Unterstützung in der Stadtgesellschaft dage-

gen. Berlin wird sich hoffentlich für uns entscheiden.

## WIE KANN MAN EUCH UNTERSTÜTZEN UND WAS SIND DIE NÄCHSTEN SCHRITTE?

Macht Wahlkampf für und mit uns; werbt für den Volksentscheid und ruft auf, mit Ja abzustimmen. Und konkret an Euch als Grüne: Sucht auch die innerparteiliche Debatte. Es soll ja einige Grüne geben, die noch immer nicht Feuer und Flamme sind für uns. Seit Anfang Juli ist es offiziell: Der Volksentscheid wird am 26. September stattfinden. Damit wird es in Berlin viele Abstimmungen geben im September. Nicht nur den Deutschen Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus sowie die Bezirksverordnetenversammlungen werden die Berliner\*innen an diesem Tag wählen, sondern auch über die Vergesellschaftung abstimmen. Es steht jetzt die heiße Phase des Wahlkampfes an!

# KIEZE OHNE DURCHGANGSVERKEHR

Kiezblocks: Eine Idee erobert die Stadt



Bild: Tom Meissner, Timo Schmidt

Ausgehend vom spanischen Barcelona setzt sich die Idee der alternativen Stadt(um)gestaltung auch in Berlin und in Neukölln durch: die Stadt richtet sich nicht mehr nur nach den Interessen eines möglichst reibungslosen Autoverkehrs. Vielmehr stehen künftig an erster Stelle die Bedarfe der Menschen, die in der Stadt leben.

## MEHR LEBENSQUALITÄT IN DER STADT

Bisher wurde zwar schon in besonders verkehrsreichen Straßen versucht, vereinzelte Beruhigungsmaßnahmen umzusetzen. In der Regel führte das jedoch nur zu einer Verlagerung der Autoschlangen auf benachbarte Straßen. Das Kiez-

blockkonzept richtet den Blick nunmehr auf ganze Wohngebiete. Hier soll z.B. durch modale Filter, Einbahnstraßen oder Entwidmung von Verkehrsflächen der unerwünschte Durchgangsverkehr komplett herausgehalten werden. Dadurch werden Räume erschlossen, die Kiezbewohner\*innen für sich nutzen können: Begegnungsorte für Nachbar\*innen, Spielflächen für Kinder, Platz für Bäume und neues Grün, wo früher der Asphalt dominierte. Damit entsteht mehr Lebensqualität vor der Haustür – was auch angesichts der Klimakrise enorm wichtig ist. Sicheres Zufußgehen und Radfahren im Kiez sind weitere wichtige Ziele. Auch ein Parkraumkonzept gehört dazu.

## BEZIRKSAMT SOLL KONZEPTE FÜR KIEZBLOCKS ENTWICKELN

Auf Antrag der Neuköllner Grünen wurden Ende Mai 2021 die ersten drei Kiezblocks in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen: Für den Richardkiez, den Schillerkiez und den Reuterkiez soll das Bezirksamt Konzepte entwickeln, wie diese Wohngebiete verkehrsberuhigt werden können. Die in den Gebieten bereits aktiven Bürger\*inneninitiativen und ihre Vorschläge werden eingebunden.

Das war nicht einfach: Den Ursprungsantrag hatten wir schon im August 2020 eingebracht, doch es gab dagegen Widerstand in allen anderen Fraktionen. Neben CDU und FDP haben auch etliche SPD-Bezirksverordnete Probleme mit dem Abschied von der autogerechten Stadt. Vor allem stört sie der Verlust von Parkplätzen. Hier haben einerseits die zahlreichen Initiativen Druck ausgeübt. Andererseits wurden in Abstimmung mit der Bürger\*inneninitiative Richardkiez einige direkte Forderungen wie z.B. die

Reduzierung von Parkplätzen und die Umwidmung von Straßenland herausgenommen, was schließlich auch die SPD-Fraktion überzeugte.

## WEITERE KIEZBLOCKS SOLLEN FOLGEN

Auch wenn das ein großer Erfolg grüner Politik für mehr Flächengerechtigkeit und einen lebenswerten Bezirk ist, ruhen wir uns darauf nicht aus. Für die kommende Wahlperiode wollen wir das Kiezblock-Konzept gemeinsam mit Bewohner\*innen auf weitere Gebiete ausdehnen. Wir haben die Wohngegend um den Kranoldplatz als nächsten Kiezblock anvisiert, denn dort konzentriert sich der gesamte Ausweichverkehr von Hermannstraße und Karl-Marx-Straße und belastet Mensch und Umwelt.



Bernd Szczepanski,  
Fraktionsvorsitzender  
der Grünen BVV-Fraktion  
Neukölln

# DEN ÖFFENTLICHEN RAUM FAIRTEILEN

Straßen sollen endlich wieder den Menschen gehören

Letzten Sommer hat die Berliner Initiative „Parkplatz-Transform“ im Schillerkiez Parkplätze gezählt. Meine Zählgruppe ist mit dem Flutterband in der Hand Parkplatz um Parkplatz abgelaufen. Ich bin von den Ergebnissen schockiert: Im Schillerkiez gibt es doppelt so viele Parkplätze wie Spielplätze und Grünflächen zusammen. Dabei besitzt nur jeder dritte Haushalt ein Auto. Und 40 Prozent aller Kinder sind von Armut betroffen und wohnen auf engem Raum. Soziale Stadtplanung sieht anders aus.

## KIEZBLOCKS FÜR NEUKÖLLN

Seitdem ist viel passiert: Wir Grüne haben in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Einrichtung von Kiezblocks, das sind verkehrsberuhigte und autofreie Stadtviertel, durchgesetzt. In solchen Kiezen fühlen sich viele sicherer und hal-

ten sich dort gerne auf. Unsere Kinder können wieder vor der Haustür spielen, ohne die Gefahr vom Auto überrollt zu werden. Es gibt Platz zum Durchatmen und Verweilen. Gemeinsam mit Anwohner\*innen, Kitas, Schulen, Gewerbetreibenden und Kiezinstitutionen lässt sich der Raum „fairteilen“ – also neu und fair verteilen. Schillerkiez, Richardkiez und Reuterkiez werden bald sogenannte Kiezblocks sein. Wir wollen gemeinsam mit den Bewohner\*innen noch mehr Kieze in Kiezblocks verwandeln!

## MOBILITÄT FÜR DIE ZUKUNFT

Oft bekomme ich die Frage gestellt, wo stattdessen geparkt werden soll. Das ist eine gute Frage, denn Raum ist knapp und wir möchten, dass alle schnell, sicher und gesund von A nach B kommen. Daher bauen wir

als Alternative zum eigenen Auto den ÖPNV, die Radverkehrsinfrastruktur und den Fußverkehr weiter aus. Die kommunale und kostenfreie Lastenrad-Flotte wollen wir vergrößern. An den Kiezen wollen wir „Mobility Hubs“ einrichten, also Orte, an denen alle unkompliziert zwischen der Mobilitätsform wechseln können: Vom Fuß aufs Rad, auf das E-Mobil, als Sharing-Angebot, oder auch den öffentlichen Nahverkehr.

## DIE VERKEHRSWENDE WIRD DIGITAL!

Sicherheit ist das A und O. Auch wenn wir bereits in den letzten Jahren viel geschafft haben, gibt es noch viel zu tun. Denn das Radeln muss noch sicherer werden, etwa durch mehr baulich geschützte Radstreifen, oder den Bau der Y-Trasse, dem Radschnellweg von Süd- nach Nordneukölln.

Auf Neuköllns Straßen darf es keine Toten mehr geben. Dazu muss auch beim Fußverkehr noch viel mehr passieren. Wir wollen zum Beispiel ein barrierefreies, beschildertes Fußwegenetz. Das schafft Sicherheit, sodass, wer zu Fuß geht, nicht mehr seine Gesundheit oder gar sein Leben aufs Spiel setzt.

Platz ist die wichtigste Ressource in der Stadt. Und wir brauchen sie dringend für all jene Verkehrsteilnehmer\*innen, die bis heute zu wenig davon haben: Fußgänger\*innen und Radler\*innen. Packen wir's an!



Ina Soetebeer,  
Kandidatin für die  
BVV-Neukölln - Platz 3

# BÜRGER\*INNENRÄTE – TOTAL EN VOGUE

So geht Beteiligung heute

Bündnis 90/Die Grünen fordern Bürger\*innenräte in ihren Wahlprogrammen im Bund, im Land Berlin und Neukölln. Bürger\*innenräte gibt es weltweit schon seit einigen Jahren und sie haben sich als Impulsgeber bewährt.

## REPRÄSENTATIV GELOST

Für die Bildung von Bürger\*innenräten ist der politische Wille, sie anzuhören, die erste Voraussetzung. Nachdem ein Parlament beschlossen hat, eine Frage vom Bürger\*innenrat bearbeiten zu lassen, werden aus dem Melderegister Personen angeschrieben, ob sie sich beteiligen möchten. So werden auch Menschen erreicht, die sich nicht aus eigener Initiative gemeldet hätten, um mitzumachen. Die Menschen, die sich zurückmelden, um dabei zu sein, werden dann nach Kategorien sortiert: Alter, Wohnort (z.B. Bezirk, Innenstadt oder Randlage), Geschlecht, Bildungsabschluss – das variiert je



nach Fragestellung. Aus diesen Gruppen wird der Rat gelost und man bekommt eine Gruppe, die gut gemischt ist. Denn Gruppen, die sich frei bilden, können auf die eine oder andere Weise einseitig sein. Die Zusammensetzung ist somit repräsentativer.

## INNOVATIV UND ÜBERPARTEILICH

Die Initiative „Klimaneustart Berlin“ hat erfolgreich Unterschriften für einen Klima-Bürger\*innenrat in Berlin gesammelt. Sie erhofft sich davon u.a. Maßnahmen für eine schnellere CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Ihr Vorbild ist der Klima-Bürger\*innenrat in Frankreich, der zu wirklich weit-

reichenden Forderungen kam: u.a. die Abschaffung von Inlandsflügen und die Anerkennung des Ökozids als Straftatbestand. Auch hier hatten Bürger\*innen mit verschiedenen Expert\*innen diskutiert und danach Maßnahmen definiert. Dabei waren sie zielorientierter und mutiger als die meisten Politiker\*innen.

## DIE „VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE“ IST WIDERSTANDSFÄHIG

Eine Demokratie, in der vielfältige Instrumente von Mitbestimmung und Machtkontrolle zusammenwirken, ist stabil. Deshalb haben wir in dieser Legislatur die Volksbegehren und -initiativen gesetzlich gestärkt.

Direkte Demokratie, das sieht man am Volksentscheid zum Erhalt von Tempelhof und an „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ treiben Politik voran und vereinen Menschen, die sonst unterschiedliche Parteipräferenzen haben, hinter einer Forderung. Bürger\*innenräte sind zum Aushandeln von Zielkonflikten geeignet. Sie sind deliberativ und ergänzen so die repräsentative Demokratie (Parlamente) und die direkte Demokratie (Volksbegehren) um ein wichtiges Element. Gerade Neukölln, wo es sehr wenig Beteiligung gibt, würde das gut tun.

[www.buergerrat.de/aktuelles/prima-klima-durch-buergerraete/](http://www.buergerrat.de/aktuelles/prima-klima-durch-buergerraete/)



*Susanna Kahlefeld  
MdB, Sprecherin für  
Partizipation, Betei-  
ligung und Europa,  
Direktkandidatin für  
den Wahlkreis 2*

# WAHLEN FÜR ALLE!

Mitbestimmungsrecht für junge Menschen

Etwa 16 Prozent der Neuköllner\*innen sind aufgrund ihres Alters von der „echten“ politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Erst ab dem 18. Geburtstag dürfen sie das Abgeordnetenhaus und den Bundestag wählen und haben eine Stimme, die zählt. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), also die Berliner Kommunalebene, dürfen wir schon mit 16 wählen. Diese Unterscheidung führt zum Eindruck, dass die Kommunalwahl weniger wichtig ist und darum die „jungen Menschen“ ruhig mitbestimmen dürfen.

## ENTSCHEIDUNGEN ÜBER DIE ZUKUNFT BETREFFEN VOR ALLEM JÜNGERE

Aber die Politik, die auf allen Ebenen gemacht wird und die Entscheidungen, die in den Parlamenten getroffen werden, gelten auch für unter 18-Jährige! Aktuell zeigt der Klimawandel, dass Entscheidungen, die heute getroffen werden, insbesondere zulasten der jüngeren

Menschen gehen. Darum müssen diese auch mitbestimmen dürfen. Das Wahlalter ist kein Naturgesetz, sondern eine gesellschaftliche Entscheidung. Bis 1970 lag das Wahlalter in Deutschland bei 21 Jahren. Für uns ist es heute selbstverständlich, dass wir ab 18 wählen gehen dürfen. Warum dann nicht auch mit 16? Durch die Senkung des Wahlalters würde die Aufgabe der politischen Bildung in Schulen endlich ernst genommen und jungen Menschen würde die Möglichkeit gegeben, unsere Demokratie mitzugestalten.

## EINTRAGUNGSWAHLRECHT AUF BUNDESEBENE

Bündnis 90/Die Grünen hat für den Eintritt in die Partei keine Altersbeschränkung. Dadurch wird allen die Möglichkeit gegeben, sich innerhalb der Partei zu beteiligen. Allerdings findet sich dieser Grundsatz in den Forderungen zum Wahlalter nicht auf der Bundesebene. Dort wird lediglich eine Absenkung auf

16 Jahre gefordert und dadurch eine wichtige Bevölkerungsgruppe weiterhin bevormundet.

Darum fordern wir als Grüne Jugend eine deutliche Absenkung des Wahlalters verbunden mit einem Eintragungswahlrecht für alle, die das neue Wahlalter noch nicht erreicht haben. Eintragungswahlrecht bedeutet, dass sich alle Menschen, die das Wahlalter noch nicht erreicht haben, vor der Wahl ins Wähler\*innenregister eintragen können, um am Tag der Wahl normal abzustimmen. So würden alle, die ihre Stimme bei einer Wahl abgeben möchten, diese Möglichkeit auch bekommen. Wenn Menschen, die die nächste Legislaturperiode gar nicht mehr vollständig miterleben, trotzdem ihre Stimme abgeben dürfen, müssen auch die gehört werden, um deren Zukunft es geht. Denn junge Leute werden am längsten die Folgen der Entscheidungen von heute spüren. Durch das „Wahlalter Null“ wird Politik neu gedacht: es gäbe

(hoffentlich) Bemühungen, Politik für alle zugänglich und verständlich zu machen und dadurch alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. So können wir heute unsere Demokratie für morgen stärken.

Das Wahlrecht ist das wichtigste Mittel, das uns zur Verfügung steht, unsere Gesellschaft mitzugestalten. Genauso wenig wie ein Höchstalter für das Wählen denkbar ist, sollte es kein Mindestalter geben.



*Katheryn Herrmann Aguero, Loretta Alcamo & Tjado Stemmermann für die Grüne Jugend Neukölln*

# UNSER LAND KANN SO VIEL MEHR

Der Grüne Bundesgeschäftsführer Michael Kellner im Gespräch



Foto: Rasmus Tanck

## WO STEHT DEUTSCHLAND NACH 16 JAHREN MERKEL-REGIERUNG?

Ich freue mich fast jeden Tag über eine engagierte Zivilgesellschaft, viele Initiativen, Erfindungsgeist und viele engagierte Menschen. Man denke auch daran, dass in Mainz einer der erfolgreichsten Corona-Impfstoffe entwickelt wurde.

Gleichzeitig wurde politisch vieles liegengelassen. An vielen Orten sind Schulen marode, Schienen wurden zum Teil zurück- statt ausgebaut, die erneuerbaren Energien wurden ausgebremst statt richtig entfaltet. Es gehört auch zur Realität, dass es vielen Menschen in Deutschland nicht gut geht, die jeden Tag überlegen, das Beste zu machen und dann immer wieder Steine in ihrem Weg finden. Und dass nun Armin Laschet, ein Mann ohne Kompass, als Kanzlerkandidat und möglicher Nachfolger von Angela Merkel im Rennen ist, da habe ich den Eindruck: Das hat unser Land nicht verdient, Deutschland kann viel mehr, als es politisch von der Bundesregierung möglich gemacht wird.

Es wurde versäumt, die Fragen der 20er Jahre rechtzeitig zu beantworten und hierfür die nötigen Weichen zu stellen. Es braucht jetzt einen schnellen Aufbruch, wir haben schließlich die Möglichkeit,

klimagerechten Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten zu schaffen. Das ist eine große Aufgabe. Unser Land kann so viel mehr, wenn man es lässt.

## WO SOLL DAS LAND IN VIER JAHREN STEHEN?

Mit uns Grünen wird Deutschland ein Vorreiter beim Klimaschutz – und nicht mehr Nachzügler. Dazu gehört zum Beispiel, dass auf jedem neu gebauten Haus eine Solaranlage glitzert.

Der Ausbau der Digitalisierung spielt ebenfalls eine große Rolle. Dabei setzen wir vor allem auf einen Ausbau beim Glasfasernetz. Da hat Deutschland in den nächsten vier Jahren seinen Rückstand aufgeholt und die Faxgeräte sind aus den Amtsstuben verschwunden.

Kinderarmut ist mit der Kindergrundsicherung drastisch reduziert. Aktuell lebt jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut, in Berlin ist es sogar jedes dritte. Das darf nicht sein. Mit der Kindergrundsicherung ebnen wir den Weg, damit Kinder in Deutschland nicht in Armut aufwachsen müssen und sich frei entfalten können.

Mit Grünen in der nächsten Bundesregierung sind Straßen und Plätze in Städten lebenswerter, mit spürbar mehr Platz zum Verweilen,

für Fahrräder und Fußgänger\*innen. Wenn man nach Neukölln blickt, steckt hier viel Potenzial. In vier Jahren ist die Weserstraße als fahrradfreundliche Zone hoffentlich Standard und Vorbild zugleich.

Lebenswerte Städte setzen auch bezahlbaren Wohnraum voraus. So werden in den nächsten Jahren die Mieten nicht nur in Berlin, sondern deutschlandweit bezahlbarer sein, weil auf Bundesebene der Weg frei gemacht wurde für die Mietpreisbremse.



Foto: Paul Ohmert

## WIE VIEL SOZIALE GERECHTIGKEIT STECKT IM GRÜNEN WAHLPROGRAMM?

Es ist voll davon. Wir verringern Ungleichheit und unterstützen die, die

wenig haben. Vor kurzem ist eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung erschienen. Daraus geht klar hervor, dass mit unserem Programm vor allem Haushalte mit niedrigerem und mittlerem Einkommen stark profitieren würden, während die Spitzenverdienenden abgeben müssen. Bei der Union hingegen gewinnen vor allem die obersten 25 Prozent. Wo ist da die Gerechtigkeit? Es scheint, als wolle die Union die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern, wir wollen die Kluft verkleinern. Dafür haben wir konkrete Vorschläge: Wir wollen zum Beispiel den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen und eine Garantiesicherung statt Hartz IV. Die Kindergrundsicherung und bezahlbare Mieten habe ich ja bereits angeführt, auch sie sind wesentlicher Teil unseres Programms. Wichtig auch: Wir wollen die nötigen Infrastrukturen für unser Alltagsleben verbessern und modernisieren, sei es für klimafreundliche Mobilität oder die Digitalisierung. Und schließlich: Von einer gut ausgestatteten Schule profitieren alle, aber diejenigen am meisten, die am wenigsten Unterstützung zuhause haben.

## WAS SIND DIE ERSTEN PUNKTE, DIE IN DER REGIERUNG UMGESETZT WERDEN SOLLEN?

Als Erstes werden wir ein Klimaschutz-Sofortprogramm starten, mit dem die Basis für den 1,5-Grad-Pfad gelegt wird. Das bedeutet einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, um 2035 auf 100 Prozent kommen zu können.

Wir wollen regieren und mit Annalena ins Kanzleramt einziehen, denn die Union hat kein Abo dafür. Und wir sehen ja, wie viel im Land nicht funktioniert hat in den letzten 16 Jahren. Die Energiewende wurde an die Wand gefahren, die Mobilitätswende kommt nicht voran, die soziale Ungleichheit wächst. Das können wir besser. Die Zukunft ist grün und das Land ist bereit. Das wollen wir zeigen.

Michael Kellner, Politischer Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen



# NICHTSTUN ALS KONZEPT?

Welche Lehren die Schulpolitik in Neukölln aus der Pandemie ziehen muss

Dieser eine Meter. Nur ein Meter, der Welten eröffnen könnte – oder eben nicht. Genau ein Meter Kabel fehlt zwischen dem Glasfasernetz unter der Straße und dem DSL-Anschluss dieser Neuköllner Grundschule, seit Jahren schon. Wäre er da – die Schule hätte in der Pandemie hybriden Unterricht anbieten können, alle Klassenräume vernetzen, Aufgabenpakete digitalisieren, parallel für alle Schüler\*innen stabile Videokonferenzen durchführen. Stattdessen brachten engagierte Lehrer\*innen kopierte Aufgabenblöcke mit dem eigenen Fahrrad zu ihren Schüler\*innen.

## DIGITALISIERUNG – CHANCE VERPASST

Dass die Pandemie die Digitalisierung unserer Schulen katapultartig voranbringen würde, wo sie doch seit Jahren verschludert worden ist, war eine kurze Hoffnung, die sich gleich nach der ersten Corona-Welle zerschlug. Statt in einem Kraftakt Geräte für Lehrende und Schüler\*innen anzuschaffen, Schulen

ans Netz zu bringen, Server-, Cloud- und Kommunikationslösungen anzubieten, wurden die Schulen erst einmal aufgefordert, umständliche Digitalisierungskonzepte zu ertüfeln. In der Lösung der alltäglichen Probleme – wie erreicht man alle Schüler\*innen im Homeschooling, wie unterstützt man Familien, wie verhindert man, dass manche durchs Raster fallen? – waren sich selbst überlassen. Diese falsch verstandene Eigenverantwortung war und ist nicht nur unfair gegenüber den Kollegien, sondern fahrlässig, weil sie akzeptiert, dass die Bildungsschere weiter auseinander geht.

Wie kann es sein, dass wir nach 1,5 Jahren Pandemie nur eine Bildungspolitik des „Weiter-so“ erleben? Dabei gäbe es so vieles zu lernen aus dieser Ausnahmezeit. Die Berliner und Neuköllner Bildungslandschaft ist nicht nur in Sachen Digitalisierung grandios gescheitert; es rächte sich auch der Mangel an Ausweichräumlichkeiten an vielen Schulen – verursacht durch eine planlose,

zu zaghafte bezirkliche Schulbaupolitik. Leere Schulen hätten für Grundinstandsetzungen und Grundreinigungen genutzt werden können; Schulhöfe auf ihr Potenzial für Unterricht im Freien überprüft. Kollegien hätten sich intensiver fortbilden und neu ausrichten können, die Förderung multiprofessioneller Teams hätte nicht nur Betreuungsgengpässe gelöst, sondern neue pädagogische Perspektiven eingebracht.

## VIEL SCHATTEN, ABER AUCH LICHT

Aber manches lief auch gut in der Pandemie: das Lernen in kleineren Gruppen hat vielen Schüler\*innen gut getan, mehr Ausflüge und Unterricht im Freien, mehr Projektarbeit und flexiblere Stundenplangestaltung ebenso. Die Bildungsverwaltungen auf Landes- und Bezirksebene aber verweigern bisher, aus den vielen Erfahrungen – guten wie schlechten – zukunftsfähige Konzepte zu entwerfen, ein ausreichend großes Raumprogramm für alle Schulen zu

erarbeiten, die Schulreinigung zügig in die bezirkliche Hand zu nehmen, Kollegien zu stärken. Sie denken auch nicht daran, Eltern endlich wirklich in bildungspolitische Prozesse einzubinden. Nachdem viele Eltern bis zum Rande der Erschöpfung ein beeindruckendes jahrgangsübergreifendes Schulprogramm am eigenen Küchentisch aufgestellt und umgesetzt haben, ist es überfällig, sie auch in Schulentwicklung, Schulbau und Schulplanung ernsthaft einzubeziehen und Entscheidungen partizipativ zu treffen.

Es ist höchste Zeit für eine neue Bildungspolitik. Lehren aus der Zeit der Pandemie gibt es mehr als genug. Fangen wir endlich an, sie umzusetzen – zum Beispiel mit einem Meter Kabel.



Susann Worschech,  
Grüne Spitzenkandidatin für die BVV  
Neukölln

# BILDUNG IN DER DIGITALEN WELT

„Kann ich kurz posten, dass ich in der Schule bin?“

Im Corona-Jahr haben Eltern, Kinder und Lehrkräfte die verschiedensten Formen von Distanzunterricht erleben müssen: von kopierten Lernheften über Zoom-Konferenzen und Lernplattformen bis hin zu Open-Source-Angeboten. Die Pandemie hat Schulen über Nacht gezwungen, ihren Alltagsbetrieb umzustellen. Dabei sind viele kreative Ideen entstanden, wie Schule anders gehen kann.

## PRIVATISIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

Es überschlagen sich jedoch auch private Unternehmen beim Verkauf von Lernapps, und eine Vielzahl von Lernplattformen flutet den Markt. Diese Angebote sind für die bereits jetzt überlasteten Schulen oftmals willkommene, unkomplizierte Tools, um den neuen Alltag zu bewältigen. Dahinter stecken jedoch selten didaktisch und pädagogisch fortschrittliche Digitalisierungskonzepte, sondern oftmals Unternehmen mit

einer klaren wirtschaftlichen Agenda, die zudem Zugriff auf persönliche Daten erhalten und die Chance gesehen haben, aus der Krise wirtschaftlich zu profitieren.

Auch die zahlreichen, teilweise privaten, Fortbildungsangebote fokussieren vor allem auf die kurzfristige Anwendung, Fragen des funktionalen Einsatzes von Hard- und Software oder das Abrufen von Digitalpakt-Mitteln. Das geht allerdings am zentralen Bedarf der Schulen vorbei: Nämlich nachhaltige, pädagogisch sinnvolle sowie für den Bedarf der jeweiligen Schule angepasste Digitalisierungskonzepte einzuführen.

## DIGITALES LERNEN ALS BILDUNGSauftrag

Die Aufgabe von digitaler Bildung ist nicht, jungen Menschen beizubringen, wie sie einen Touchscreen betätigen. Vielmehr setzt gute digitale Bildung beim Alltag der Schüler\*innen an. Sie sollen verstehen, wie

Algorithmen bei TikTok Videos nach oben spülen und andere unsichtbar machen, was das Suchtpotenzial von Twitter ausmacht und darüber nachdenken, welche Informationen sie öffentlich teilen möchten.

Das Ziel von Bildung in der digitalen Welt ist im Kern kein anderes als von Bildung an sich. Es geht darum, dass sich Kinder selbstbestimmt zu mündigen Bürger\*innen entwickeln können, ob analog oder digital. Dazu ist es in der digitalisierten Welt auch nötig, über die Mechanismen und Logiken, Chancen und Gefahren digitaler Technologien Bescheid zu wissen. Dazu müssen zunächst Lehrer\*innen, und auch Eltern, über eben diese Mechanismen lernen – und lernen, die Logiken zu hinterfragen.

## JETZT DIGITALISIERUNG PROGRESSIV GESTALTEN

Die monatelange Schulschließung hat ohne Zweifel eine große Lücke offengelegt. Nun gäbe es die Chan-

ce, diese mit nachhaltigen, funktionierenden Open-Source-Angeboten zu füllen und Schulen gleichzeitig zu ermöglichen, für sie passende Digitalisierungskonzepte zu entwickeln. Im Landeswahlprogramm fordern wir deshalb für alle Berliner Schulen Mittel und Stunden, um Schulentwicklung entsprechend der Schulprogramme tatsächlich umsetzen zu können. Denn wir dürfen Schulen mit der Bewältigung dieser Aufgaben nicht alleine lassen.



Meike Berg, Lehrerin  
und Mitglied  
im KV Neukölln



Vito Dabisch,  
Bildungsforscher und  
Grüner Kandidat  
für die BVV in Friedrichshain-Kreuzberg

# HARTZ IV ABSCHAFFEN

## Neue Perspektiven für Neukölln

Rund 20 Prozent der Neuköllner\*innen haben mit dem Jobcenter zu tun. Die Zahl derjenigen, die in verdeckter Armut leben, also trotz Ansprüchen nicht zum Jobcenter gehen, dürfte noch deutlich höher liegen. Das Problem geht durch alle Bevölkerungsgruppen: Freischaffende Künstler\*innen, die Überbrückung benötigen, Aufstocker\*innen, die einen Zuschuss brauchen, Langzeitarbeitslose, die einen neuen Weg im Leben suchen. All diese Menschen haben eine neue Perspektive verdient.

### GRÜNE GARANTIESICHERUNG: LEBEN IN WÜRDE UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE ZUKUNFT

Die Hartz-IV-Regelsätze (446 Euro pro Monat für Alleinstehende) sind viel zu niedrig, um Teilhabe zu ermöglichen, sie sind künstlich klein gerechnet. Eine faire Berechnung würde auf einen Betrag von ca. 600

Euro im Monat hinauslaufen, das ist unser Ziel. Gleichzeitig wollen wir eine Sofort-Anhebung um 50 Euro in einem möglichen Koalitionsvertrag im Bund festzurren, um garantiert und schnell eine Verbesserung zu erreichen.

Es geht uns aber nicht nur um die Höhe, es geht um die Haltung. Hartz IV ist gescheitert, weil das System voller Misstrauen steckt. Das wollen wir ändern und dazu die Sanktionen abschaffen und Bürokratie abbauen. Vermögen werden künftig unbürokratisch mit Hilfe einer einfachen Selbstauskunft geprüft. So bleibt mehr Kapazität, bei wirklichem Verdacht auf Betrug viel intensiver zu prüfen.

### KINDERGRUNDSICHERUNG: ES GIBT KEINE KINDER ERSTER UND ZWEITER KLASSE

Derzeit werden Kinder sehr unterschiedlich gefördert. Für Kinder

mit reichen Eltern stellt der Staat über den steuerlichen Freibetrag das meiste Geld zur Verfügung. Für Kinder in Mittelstandsfamilien gibt es das Kindergeld. Für Kinder aus ärmeren Familien wird das Kindergeld mit Hartz IV verrechnet. Diese Ungleichbehandlung wollen wir mit einer Kindergrundsicherung beenden. Sie soll automatisch ausgezahlt werden. Und wir drehen die bisherige Logik um: Künftig sollen Kinder aus Familien mit wenig Geld die größte Unterstützung erhalten.

### LEITIDEE GRUNDEINKOMMEN: SICHER IN JEDER LEBENSSTADIUM

Wir denken weit über die Abschaffung von Hartz IV hinaus. Die vielen verschiedenen Systeme der Absicherung wollen wir nach und nach zusammenführen und langfristig die Auszahlung ins Steuersystem integrieren. Wer wenig oder gar nichts verdient, soll unbürokratische Unter-

stützung erhalten, ganz ohne Antrag. So wollen wir auch verdeckte Armut überwinden. Bei diesen grundlegenden Reformen orientieren wir uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens.



Andreas Audretsch,  
Bundestagskandidat  
für Neukölln und  
Mitglied im Landes-  
vorstand der Berliner  
Grünen

# BERATUNGS- UND HILFSANGEBOTE FÜR FRAUEN\* IN NEUKÖLLN AUSBAUEN

## Grüne wollen mehr Mittel für Frauenprojekte insbesondere im Süden Neuköllns

Gleichstellungspolitik bedeutet für uns Grüne in Neukölln, dass wir lokale Projekte und Vereine unterstützen, die die Gleichstellung von Frauen\* und Männern\* voranbringen, beispielsweise durch Beratung zu Beruf, Bildung, Gesundheit oder Gewalt. Hier braucht es spezifische Angebote, denn auf allen Ebenen haben Frauen\* im Vergleich zu Männern\* einen eigenen Zugang mit spezifischen Fragestellungen und Bedarfen.

### AKTEUR\*INNEN VERNETZEN

Aus diesem Grund hat sich 2006 das „Netzwerk Frauen in Neukölln“ gegründet, welches mittlerweile rund 50 Neuköllner Mädchen- und Frauenprojekte, Vereine, Institutionen, Freiberuflerinnen und andere engagierte Frauen\* aus den unterschiedlichsten Bereichen umfasst. Gemeinsames Ziel aller Beteilig-

ten ist die Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen\* voranzubringen. Das Netzwerk bündelt dabei die vielfältigen Aktivitäten und Kompetenzen seiner verschiedenen Akteurinnen.

Ein Blick auf die Mitglieder des Netzwerks zeigt allerdings, dass eine große Diskrepanz zwischen Nord- und Südneukölln besteht. Nur ein Verein ist im Süden Neuköllns ansässig: Das Frauen-Café Gropiusstadt. Ein Verein mit einer halben Mitarbeiterstelle. Das ist zu wenig. Um den Frauen\* in Südneukölln ein Angebot zu machen und sie in ihrem Kiez zu erreichen, kann der Bezirk unterstützen. Deshalb steht in unserem Bezirkswahlprogramm „Grün geht's weiter – Unser Plan für Neukölln“, dass wir Mittel bereitstellen wollen, um mehr Frauenprojekte und Angebote insbesondere im Süden Neuköllns zu ermöglichen.

### BERATUNGSANGEBOTE FÜR GANZ NEUKÖLLN

Das „Netzwerk Frauen in Neukölln“ leistet dabei bereits jetzt wichtige Arbeit. Das zeigt zum Beispiel die Kooperation zwischen dem Frauen-Café Gropiusstadt mit dem „Frauentreffpunkt – Fachberatungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt“. Seit Juni 2021 bietet der Frauentreffpunkt einmal monatlich Beratungen zum Thema häusliche Gewalt im Frauen-Café an, um auch in Süden Neuköllns eine Anlaufstelle für von Gewalt betroffene Frauen\* zu schaffen.

Auf solche bestehende Kooperationen wollen wir Grüne aufbauen, diese stärken und die Beratungsangebote im Süden Neuköllns weiter ausbauen. Denn gerade in Zeiten von Corona sind Beratungs- und Hilfestrukturen für Frauen\* und Familien noch wichtiger geworden. Damit

Frauen\* und Kinder, egal wo sie leben, in ihrem Zuhause sicher sein können, wollen wir Grüne berlinweit mehr Plätze für Frauen\* schaffen, die Schutz suchen und in einem Frauenhaus unterkommen wollen. Auch Präventionsangebote für potenzielle Täter\*innen wollen wir weiter ausbauen, um Berlin zu einem Vorbild zu machen, wenn es um den Schutz von Frauen\* und Kindern geht.



Bahar Haghanipour,  
Direktkandidatin für  
den Wahlkreis 4

*Der Stern \* spricht alle Menschen an, die sich nicht durch das genannte Geschlecht definieren.*

# UNSERE KANDIDIERENDEN FÜR NEUKÖLLN

Die grüne Liste für die Bezirksverordnetenversammlung



## 1. Susann Worschech

Seit 18 Jahren lebe ich in unserem bunten, manchmal anstrengenden, immer überraschenden Bezirk. Chancengerechtigkeit und gute Bildung; Straßen, auf denen die Sicherheit der Schwächsten Priorität hat; ein 100 Prozent freies Tempelhofer Feld: Dafür habe ich bisher gekämpft und möchte ich mich auch in Zukunft in der BVV mit einsetzen.



## 2. Jochen Biedermann

Seit 2016 zeige ich als Stadtrat jeden Tag, dass Grün den Unterschied macht: Mit vollem Einsatz für den Erhalt und den Neubau von bezahlbaren Wohnungen. Mit Leidenschaft für diejenigen, die leicht unter die Räder kommen. Und mit Überzeugung für eine Verwaltung, die zuhört, dazulernt, erreichbar ist. Das möchte ich gerne weiter tun.



## 3. Ina Soetebeer

Vorfahrt für gesunde Mobilität!



## 4. Christian Hoffmann

Freiflächen-, Arten- und Naturschutz für ein grünes, nachhaltiges Neukölln.



## 5. Samira Tanana

Diversität und Gleichberechtigung für ein offenes Neukölln!



## 6. Jan Stiermann

Grüne Politik aus Buckow für den Süden und ganz Neukölln.



## 7. Sofie Krotter

Damit Neukölln divers und erschwinglich bleibt – und noch grüner wird.



## 8. Bernd Szczepanski

Soziale Teilhabe und Umwelt-Gerechtigkeit für alle Neuköllner\*innen.



## 9. Maiïmouna Ouattara

Für Teilhabe und Vielfalt in Neukölln!



## 10. Kadir Şahin

Für gerechte und grüne Schulen!



## 11. Beate Bruker

Neuköllner Familien stärken und Kinderarmut bekämpfen.



## 12. Tjado Stemmermann

Für mehr Beteiligung durch Bürger\*innenräte in Neukölln.

## IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Neukölln Redaktionsadresse:**

Neuköllner Stachel  
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln  
Berthelsdorfer Straße 9  
12043 Berlin

**V.i.S.d.P.:**  
Ralf Schmidt-Pleschka

**Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:**  
Loretta Alcamo, Andreas Audretsch,

Meike Berg, Jochen Biedermann, Vito Dabisch, Philmon Ghirmai, Bahar Haghani-pour, Michael Haßlbeck, Kathryn Herrmann Aguero, Bettina Jarasch, Susanna Kahlefeld, Michael Kellner, Georg Kössler, Arndt Leininger, Viola Muster, Sami Nanno, Milena Oschmann, Ralf Schmidt-Pleschka, André Schulze, Ina Soetebeer, Christine Spannagel, Tjado Stemmermann, Bernd Szczepanski, Daniela Wannemacher, Daniel Wesener, Susann Worschech

**Gestaltung & Layout:**  
Ulrike Cymek

**Druck:**  
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

**Auflage:** 40.000

**Vorstandssprecher\*innen:**  
Daniela Wannemacher,  
Philmon Ghirmai

**Internet:** [www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de)

**Mail:** [stachel@gruene-neukoelln.de](mailto:stachel@gruene-neukoelln.de)

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit Namen gekennzeichnete Beiträge übernimmt die\*der jeweilige Autor\*in die Verantwortung.

# DARUM GRÜN!

Alle fünf Stimmen für Ökologie und soziale Gerechtigkeit

Am 26. September stehen mit drei Wahlen an einem Tag gleich mehrere Weichenstellungen an: Wir wählen die Bezirksverordnetenversammlung, das Abgeordnetenhaus und den Bundestag. Zudem wird an diesem Tag auch über den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ abgestimmt, hier werben wir Grüne Neukölln für ein „Ja“.

## BEZAHLBARES WOHNEN IM FOKUS

Der Kampf für bezahlbares Wohnen und echten Mieter\*innenschutz ist für uns schon lange eine der zentralen sozialen Fragen. In Neukölln hat unser grüner Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürger\*innendienste Jochen Biedermann seit 2016 die Mietpolitik vom Kopf auf die Füße gestellt (s. Seite 4).

Dauerhaft am besten ist dabei, Wohnungen der Spekulation zu entziehen. Deshalb wollen wir 50 Prozent der Mietwohnungen in Gemeinwohlhand bringen.

Damit die Stadt auch in Zukunft lebenswert bleibt, wollen wir neue Stadtquartiere ökologisch und klimagerecht (um-)bauen und die Arbeit der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung langfristig sichern. Denn Menschen mit

## BRIEFWAHL

Damit grüne Ziele konkrete Politik werden, brauchen wir deine Unterstützung – für Annalena Baerbock als grüne Kanzlerin, Bettina Jarasch als Berliner Bürgermeisterin und für starke Neuköllner Grüne im Bezirksamt, Abgeordnetenhaus und Bundestag. Deshalb: Fünf Stimmen für Grün am 26. September!

Du kannst am Wahltag in deinem Wahllokal abstimmen – oder vorher bequem von zu Hause aus. Dazu kannst du ab sofort deine Unterlagen zur Briefwahl anfordern. Einfach die Wahlbenachrichtigung ausfüllen oder eine Email an [briefwahl@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:briefwahl@bezirksamt-neukoelln.de). In den Wochen vor der Wahl kannst du auch direkt im Bezirkswahlamt – im Rathaus in der Karl-Marx-Straße 83 – wählen.

geringen Einkommen, LSBTIQ\*, Schwarze Menschen und People of Color sind von Verdrängung besonders betroffen und vielfachen Diskriminierungen auch auf dem Mietmarkt ausgesetzt.

Schmerzhaft bleibt, dass der Mietendeckel als Berliner Instrument gekippt wurde. Gemeinsam mit unserem Bundestagskandidaten Andreas Audretsch werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund den Ländern ermöglicht, Mietobergrenzen festzulegen.

## SOZIALVERTRÄGLICHE KLIMA- UND MOBILITÄTSWENDE

Zentrale Projekte, um Kieze zu-

kunfts-fähig aufzustellen, sind und bleiben für uns konsequenter Klimaschutz sowie die sozial-ökologische Mobilitätswende. Dafür arbeiten wir weiter am zielgenauen Ausbau des ÖPNV, wie der Verlängerung der U7 bis nach Schönefeld oder einer Tram vom Hermannplatz bis zur Warschauer Brücke, genauso wie für sichere Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur. Und wir wollen mehr Platz für Grünflächen und Bäume, durch Entsiegelung innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings. Kiezblocks sollen den Durchgangsverkehr stoppen und Platz für Menschen statt für Autos bieten.

## OFFENES, SOLIDARISCHES NEUKÖLLN

Unsere Direktkandidat\*innen für das Abgeordnetenhaus – Susanna Kahlefeld, André Schulze und Georg Kössler in den im Norden unseres Bezirks gelegenen Wahlkreisen 1-3, sowie Bahar Haghani-pour, Chris Hilmer-Benedict und Philine Niethammer in Gropiustadt, Britz, Buckow und Rudow – setzen sich genauso für grüne und lebenswerte Kieze ein wie für die Stärkung der offenen, solidarischen Gesellschaft, den Kampf gegen Rassismus und rechten Terror sowie eine diskriminierungskritische und nachhaltige Verwaltung.



*Daniela Wannemacher und Philmon Ghirmai  
Vorstandssprecher\*innen von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln*

Weitere Infos zur Wahl unter: [www.gruene-neukoelln.de/wahl-2021](http://www.gruene-neukoelln.de/wahl-2021)

## Unsere Spitzenkandidat\*innen für die Bundestagswahl Annalena Baerbock und Robert Habeck

Unser Land kann viel,  
wenn man es lässt.

Bereit, weil Ihr es seid.

gruene.de